

Die Versorgung mit Lebensmitteln.

Lebensmittelfragen im Industriegebiet.

5 Essen, 23. Jan. Über die Lebensmittelversorgung des Industriegebiets im allgemeinen und der Stadt Essen im besonderen wurde in der letzten nichtöffentlichen Sitzung der Stadtverordneten eingehend beraten. Nach einem an die Presse gegebenen Bericht der städtischen Verwaltung wurde aus der Mitte der Versammlung darauf hingewiesen, daß ein größerer Zusammenschluß der Gemeinden des rheinisch-westfälischen Industriegebiets dringend erwünscht wäre, um eine größere Einheitlichkeit zu erzielen. Die städtische Verwaltung machte darauf aufmerksam, daß eine Verständigung über die wichtigsten Fragen bereits vorhanden sei. So bestände der Milchausschuß für das Industriegebiet, ferner eine lose Städte-Vereinigung, deren Geschäftsführer der Bürgermeister v. Wedelstaedt (Gelsenkirchen) sei. In der alle zwei bis drei Wochen abgehaltenen Beratung würden alle wichtigen Fragen besprochen und eine Verständigung angestrebt. Wenn manchmal keine größere Einheitlichkeit zu erreichen sei, so liege das an besonders örtlichen Verhältnissen. Weiter würden alle dringenden Fragen auf Versammlungen der Oberbürgermeister und der Landräte des Regierungsbezirks Düsseldorf erörtert. Endlich sei, um den unangenehmen Wettbewerb, den sich die Stadtverwaltungen namentlich im Ausland machten und der gegenseitige Preistreiber vielach zur Folge hätte, die Gründung einer Einkaufsgesellschaft für den ganzen Regierungsbezirk, ebenso auch für die übrige Rheinprovinz und die Provinz Westfalen in Aussicht genommen. Derartige Zentraleinkaufsgesellschaften würden voraussichtlich im ganzen Reiche gegründet und damit ein planmäßiges Vorgehen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung gewährleistet werden.

Für die Stadt Essen sind, wie in dem Bericht ausgeführt wird, die Borräte an Speck, Schmalz und Fett, welche die Stadtverwaltung sich beschafft hat, und welche jetzt in Essen lagern, so groß, daß sie bei dem jetzigen Verteilungsmaßstab, wonach jeder Essener in vier Wochen einhalb Pfund Speck und ein Pfund Schmalz kaufen kann, ungefähr sechs Monate ausreichen. Vielleicht kann der Kopfanteil noch erhöht und der Preis herabgesetzt werden. Der empfindliche Mangel an Schweinefleisch seit mehreren Wochen, ist, so heißt es in dem Bericht weiter, auf die unzulängliche Festsetzung der Höchstpreise zurückzuführen. Infolge des Fehlens von Höchstpreisen für den Stall und infolge der Bestimmung, daß die Höchstpreise nur für die Schlachtwiehmärkte gelten, hat der Auftrieb auf dem städtischen Viehhof stark nachgelassen. Die Schweine werden von Konserven- und Wurstfabriken bei den Schweinezüchtern selbst sofort angekauft, um dann zu Konserven- und Delikatesswürsten verarbeitet zu werden. Eine Abhilfe durch die Reichsregierung tut hier dringend not. Eine Beschränkung der Konservenherstellung auf das Nötigste und nur für Zwecke der Heeresverwaltung ist unbedingt notwendig. Die Vorwürfe gegen das Mehlgergewerbe, daß sie infolge der Festsetzung der Höchstpreise für den Kleinhandel nur ausnahmsweise frisches Fleisch verkaufen und das ganze Schwein zu Dauerwaren verarbeiteten, ist in seiner Allgemeinheit nicht richtig. Nur in wenigen Fällen konnte ein derartiges Verhalten festgestellt werden. Wenn frisches Schweinefleisch in Essen nicht zu haben ist, so liegt es eben daran, daß in den letzten Wochen nur 300 Schweine geschlachtet worden sind, gegen sonst 5000. Eine Besserung in der Versorgung mit Schweinefleisch ist in der nächsten Zeit zu erwarten. Der Stadt Essen werden von den mit staatlichen Futtermitteln gemästeten Schweinen ungefähr 9000 Stück in der Zeit von Ende Januar bis Mitte Juni zugewiesen werden. Der Verkauf wird in der Weise geregelt werden, daß $\frac{1}{4}$ der Schweine an die Firma Krupp und $\frac{1}{4}$ an die Mehlgerinnung überwiesen werden. Die Mehlger müssen sich verpflichten, das Fleisch nur im Stadtreise Essen zu verkaufen, und zwar mindestens 40 Prozent als frisches Schweinefleisch.

Sehr besorgniserregend ist das Anziehen der Rindfleischpreise, das sich trotz des über doppelt so großen Antriebs gegen normale Zeiten in den letzten Monaten gezeigt hat. Das übermäßige Abschachten des Rindviehs muß außerordentlich bedauert werden. Wenn auch manchmal die Landwirte wegen Futtermangels zum Verkauf des Rindviehs gezwungen werden, so müßte doch erwartet werden, daß die Landwirte auch in dieser Beziehung durchhalten und versuchen, ihren Rindviehbestand, soweit es irgend geht, zu behalten. Das übermäßige Abschachten bedeutet einen wirtschaftlichen Schaden, der erst in langen Jahren wieder ersetzt werden kann. Besonders zu bedauern ist das Abschachten des Rindviehs im Interesse unserer Milchversorgung. Die Milchzufuhr ist außerordentlich zurückgegangen, was allerdings teilweise auf die Jahreszeit zurückzuführen ist. Um den Landwirten einen Anreiz zum Behalten des Rindviehs zu geben, hat der Milchausschuß für das rheinisch-westfälische Industriegebiet kürzlich eine Erhöhung des Milchpreises von 28 auf 30 Pfennig beschlossen. Dieser hohe Milchpreis soll jedoch vorläufig nur bis zum 15. März d. J. bestehen bleiben. Dann wird, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, wieder eine Herabsetzung stattfinden. Die Festsetzung von Höchstpreisen für Rindvieh, die von vielen Seiten gefordert sind, haben ihre großen Bedenken, und die Reichsregierung wird, wie verlautet, hiervon Abstand nehmen und eine anderweitige Regelung treffen, die aber hoffentlich nicht zu spät kommt. [Diese Regelung ist inzwischen für Preußen erfolgt. Durch Verordnung vom

22. d. M. wird für jede Provinz zur Regelung der Beschaffung, des Absatzes und der Preise von lebendem Vieh ein rechtsfähiger Verband gegründet, dem die Viehhändler, die landwirtschaftlichen Genossenschaften und auf Antrag auch die Fleischer angehören. Diesen Verbänden wird ein Monopol eingeräumt.]

Der Bericht weist weiter darauf hin, daß auch eine andere Regelung der Preise für Gemüse dringend sei. Jetzt sei zwar wieder genügend Gemüse zu haben, aber zu hohem Preise. Das seien mißliche Verhältnisse, es gäbe aber augenblicklich nur die Wahl zwischen Höchstpreisen und Gemüseangel einerseits und hohen Preisen und Gemüsezufuhr andererseits. Hieran werde vorläufig nichts zu ändern sein. [Wie der Landwirtschaftsminister am Samstag im Haushaltsausschuß mitgeteilt hat, stehen neue Höchstpreise für Gemüse bevor.] Lebhaftige Klagen wurden von der Stadt über das Verhalten des Handels erhoben. Zunächst hat die Stadtverwaltung die von ihr beschafften Lebensmittel nur in eigenen Verkaufsstellen an die minderbemittelte Bevölkerung und an Kriegerfrauen abgegeben und insolgedessen auch zahlreiche Angriffe durch den Handel erfahren. Seit mehreren Monaten sind dann verschiedenen Waren, die in genügenden Mengen vorhanden sind, durch den Handel an die Bevölkerung abgegeben. Hierbei hat sich leider gezeigt, daß ein großer Teil der zum Verkauf zugelassenen Geschäfte sehr unzuverlässig ist und trotz der angedrohten Strafen versucht, die von der Stadtverwaltung erlassenen Anordnungen zu umgehen. In Zukunft wird die Verwaltung gegen derartige Geschäfte scharf vorgehen.

Bei allen ihren Maßnahmen hat die städtische Verwaltung, wie sie in dem Bericht erklärt, leider ein Verständnis bei einem großen Teil der Einwohnerschaft vermissen müssen. Die Ansprüche unserer Mitbürger sind wohl infolge der teilweise wesentlich gesteigerten Verdienstmöglichkeiten sehr groß. Dieser Ansicht wurde bei der sich an den Bericht der Stadtverwaltung anschließenden eingehenden Aussprache von allen Seiten der Stadtverordnetenversammlung zugestimmt. Wenn auch selbstverständlich viele Kreise der Bevölkerung unter der Not des Krieges zu leiden haben, so muß doch unbedingt eine größere Vereinfachung der Lebenshaltung eintreten. Diese gilt für sämtliche Schichten und Kreise der Bevölkerung. Die Versammlung sprach sich deshalb dafür aus, daß versucht werden müsse, die Bewohner noch mehr aufzuklären. Vorträge und Versammlungen, wie sie im Anfang des vorigen Jahres veranstaltet worden seien, hätten wenig oder gar keinen Erfolg gehabt. Aufklärung müsse durch die Schule und die Presse eintreten. Ganz besonders sei es Pflicht der Presse, die Bevölkerung über die innern Zusammenhänge auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung aufzuklären und immer wieder auf die Pflicht zur Vereinfachung der Lebenshaltung hinzuweisen.

§ Neuz. 24. Jan. Mit der Sammlung der Abfälle für die von den rheinisch-westfälischen Fleischermeistern hier errichtete Knochenverwertungsanlage ist jetzt begonnen worden; es werden vorläufig 8. M für 100 Kilogramm bezahlt. Die gesamte Erzeugung wurde dem Kriegsministerium zur Verfügung gestellt, weshalb im vaterländischen Interesse die Mitglieder der Gesellschaft erjucht werden, nicht nur die in ihren eigenen Betrieben entfallenden, sondern auch die in Gasthöfen, Anstalten und Privathaushaltungen gesammelten Knochen an die Verwertungsanlage abzuliefern. — Der hiesige Oberbürgermeister erläßt eine öffentliche Bekanntmachung, wonach bedauerlicherweise Anzeichen dafür vorliegen, daß vielfach und in erheblichem Umfange Brotgetreide unerlaubterweise verfüttert oder sonst verbotswidrig verbraucht worden ist. Eine solche Handlungsweise sei vaterlandslos und verwerflich; sie verdiene die schärfste Beurteilung und strengste Bestrafung.